



## Eindringlicher Appell an die Kläger

VON DAMIAN M. ZIMMERMANN, 01.02.05, 08:07h

Für einen größtmöglichen Schutz soll der Retentionsraum Langel nun doch über Wehrklappen kontrolliert geflutet werden.

**Langel** - Im Spätsommer soll mit dem Bau des neuen Deiches zwischen Langel und Lülldorf begonnen werden. Dies bestätigte nun Albert Mahn, Abteilungsleiter bei den Stadtentwässerungsbetrieben (Steb) auf Anfrage des „Kölner Stadt-Anzeiger“. Die Bezirksregierung hatte Anfang des Monats eine „teilweise Anordnung zur sofortigen Vollziehung des Planfeststellungsbeschlusses“ erlassen. Das Ziel ist, mit dem Bau des Retentionsraumes auch unabhängig vom Ausgang verschiedener Klagen unverzüglich zu beginnen - die Kläger gegen den Planfeststellungsbeschluss vom November 2003 haben den Bau bislang verhindert.

Die Konzertierte Bürgerbewegung Lülldorf, Ranzel, Langel (KBW) begrüßt die Entscheidung der Bezirksregierung und appelliert nun „öffentlich und eindringlich an die klagenden Parteien, von der Möglichkeit der Klage gegen die Anordnung der sofortigen Vollziehung im Allgemeininteresse abzusehen.“ Andernfalls, so die KBW, wären beim nächsten Hochwasser etwa 10 000 Einwohner gefährdet.

Weiterhin ist ein Gutachten zu dem Ergebnis gekommen, dass eine unkontrollierte Flutung des Retentionsraumes ab 10,90 Meter Kölner Pegel durch Überlaufschwelen im alten Deich die Flutwelle nur minimal abschwächt. „Wir wollen den Retentionsraum nun zur größtmöglichen Wirkung zu einem späteren Zeitpunkt fluten“, erklärt Mahn. Dies könne bei etwa 11,25 Meter der Fall sein und soll über eingebaute und steuerbare Wehrklappen geschehen. Dafür müsse jedoch erst noch ein Planänderungsverfahren eingeleitet werden.

Für die Forderung der Bürgerinitiative Hochwasser Rodenkirchen, den Retentionsraum von derzeit 4,5 auf 10 Millionen Kubikmeter mehr als zu verdoppeln, sieht das Regierungspräsidium jedoch wenig Aussichten: Die Vergrößerung reiche bis in den Einzugsbereich einer Sonderabfalldeponie in der Nähe des Zündorfer Wasserwerks hinein, was im Falle einer Überflutung zu extremen Engpässen bei der Trinkwasserversorgung der rechtsrheinischen Bevölkerung führen würde, hieß es zur Begründung.

<http://www.ksta.de/artikel.jsp?id=1106906565266>



Den Kölner Stadt-Anzeiger jetzt online abonnieren!